

37. Deutscher Evangelischer Kirchentag

Resolution: „Mit interreligiösem Dialog Leben retten und Zukunftsperspektiven bauen – in Deutschland und im Nahen Osten!“

- Adressaten:** Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ); das Auswärtige Amt (AA); Rat der EKD
- Antragstellende:** Gesellschaft für bedrohte Völker; S.E. Bischof Anba Damian, Diözesanbischof der Koptisch-Orthodoxen Kirche Norddeutschland; Ali Ertan Toprak, Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände in Deutschland e.V.
- Ansprechpartner*in:** Dr. Kamal Sido und Lina Stotz, Gesellschaft für bedrohte Völker
- Veranstaltung:** „Wie politisch darf Religion sein? Visionen für die Gesellschaft“, Sonnabend, 22. Juni 2019, 11.00-13.00 Uhr, Zentrum Weltanschauungen

Resolution:

Dank des Engagements vieler ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer, Verbände und Kirchen zum Thema Migration und Integration werden in ganz Deutschland Brücken gebaut: Brücken zwischen Menschen verschiedener Kulturen, Sprachen, Religionen, aus Deutschland und der Welt. Der Dialog zwischen Kulturen und Religionen ist wichtig, denn er verbindet und bereichert.

Unterschiede zu überbrücken und den interreligiösen Dialog zu fördern ist jedoch nicht nur in Deutschland wichtig. Für verfolgte Gläubige aus dem Nahen Osten kann interreligiöser Dialog Leben retten und Zukunftsperspektiven bauen. Nach vielen Jahren des Kriegs im Irak und Syrien, in dem auch deutsche Waffen zum Einsatz kamen, kann nun – aufgrund der Rückeroberung der durch den „Islamischen Staat“ besetzten Gebiete – endlich auf ein Ende der Gewalt gehofft werden. Doch dem Frieden steht noch einiges im Wege: Diskriminierung und Anfeindungen zwischen Religionsgemeinschaften sind noch immer Alltag. Kämpfe dauern an. Viele Dörfer liegen noch in Trümmern. Frieden, Wiederaufbau sowie Dialog zwischen Religionsgemeinschaften sind dringend nötig um Christen, Yeziden und anderen Minderheiten im Nahen Osten – der Wiege ihrer Religionen – wieder ein sicheres Zuhause zu bieten, in dem sie bleiben oder in das sie zurückkehren können. Ein solcher Einsatz würde der gesamten leidgeplagten Bevölkerung im Nahen Osten zugutekommen.

Eine Politik des friedlichen Zusammenlebens aller Religionen muss sowohl in Deutschland als auch im Nahen Osten gestärkt werden. Daher stellen wir folgende Forderungen:

1. Opfern von Verfolgung muss weiterhin ein sicheres Zuhause in Deutschland geboten werden, in dem religiöse Vielfalt großgeschrieben wird. Dafür ist zentral, dass Politik und Kirche in Deutschland diverse kulturelle und religiöse Gruppen einbeziehen, wie den Zentralverbands der assyrischen Vereinigungen in Deutschland, den Zentralrat der Êzîden in Deutschland, Pater Emanuel und das christliche Hilfswerk CAPNI, die Koptische Kirche Deutschland, und die Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände in Deutschland.
2. Das friedliche interreligiöse Miteinander im Nahen Osten muss gefördert werden. Deutschland ist daher aufgerufen, die Beziehungen zwischen religiösen Gruppen und den Schutz von Minderheiten thematisch und finanziell stärker ins Zentrum der Entwicklungshilfe und Außenpolitik im Irak und Syrien zu stellen.
3. Deutsche Rüstungsexporte an die Türkei haben sowohl innerhalb des Landes als auch im Syrisch-Kurdischen Afrin zur Vertreibung und Verfolgung von Christen, Yeziden, Aramäern, Aleviten, Kurden und anderen Minderheiten und der besonderen Gefährdung von Frauen und Kindern beigetragen. Dies muss von der Bundesregierung, auch im Dialog mit der Europäischen Staatengemeinschaft, anerkannt werden. Weitere Genehmigungen und Lieferungen dürfen nicht erfolgen solange Afrin besetzt ist.